

Vierbeiner erneut großes Thema im Marktrat

Die Hundesteuer bleibt – Mehrheitlich kein Verständnis für Argumente zur Abschaffung

Wartenberg. (bs) Wieder waren die Hunde ein großes Thema in der Marktratssitzung. Bereits in der Sitzung am 27. Mai ist eine neue Satzung zur Erhebung der Hundesteuer ab 1. Januar 2021 beschlossen worden. Dies sorgte für Wirbel bei den Hundebesitzern. Es bleibt aber bei der Hundesteuer ab 2021.

Bürgermeister Christian Pröbst berichtete nun von rund 200 Unterschriften für eine eingereichte Petition. Darin wurde bemängelt, dass die Durchschnittswerte zur Berechnung der Hundesteuer für Kampfhunde nicht zutreffend seien. Kein Verständnis zeigten Gegner der Hundesteuer dafür, dass Nachweise nicht berücksichtigt würden, die einem Kampfhund keine gesteigerte Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Mensch und Tier attestieren.

Gründe für Abschaffung der Hundesteuer

Die Freien Wähler stellten nun einen Antrag zur Abschaffung der Hundesteuer. Heike Kronseder trug die Gründe vor. Bei der Hundesteuer würde es sich demnach um eine Lenkungssteuer, eine Bagatellsteuer handeln, welche die Gemeinde freiwillig erheben könne. Dem widersprach der Bürgermeister sofort. Die Hundesteuer sei eine Muss-Steuer, wenn es der Haushalt erfordere und das treffe in Wartenberg zu.

Laut Kronseder sei der Verwaltungsaufwand für die Einnahme von nur rund 9000 Euro außerdem gewaltig. Ihrer Meinung nach müssten die wenigen Kosten, die Hunde verursachen – wie das Aufstellen von Kotbeutelspender, Leerung und Befüllung dieser durch Gemeindearbeiter – durch die allgemeinen Steuereinnahmen gedeckt sein. Diese Steuer sei unsozial, bürokratisch und unnötig. Denn die Hundesteuer sei ein massiver Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Bürger und



In der Marktgemeinde müssen Frauchen und Herrchen ab nächstem Jahr Hundesteuer zahlen. Von den Gegenargumenten war die Mehrheit der Räte in der jüngsten Marktratssitzung nicht überzeugt.

Repro: Bernd Spanier

greife willkürlich in deren Taschen. Der Hund sei mehr als ein Haustier, er sei Sozialpartner, treuer Gefährte und lieber Freund innerhalb der Familie. Auch für manche Senioren, die alleine leben, sei er oft unverzichtbar, wie man das gerade in der Pandemie sehen könne. In Wartenberg könne man mit der Abschaffung der Hundesteuer Vorreiter im Landkreis sein. Ein Unding sei auch der mittelalterliche Begriff Kampfhund, es seien Kategoriehunde. In Deutschland würden keine Hunde für einen Kampf gezüchtet, der Begriff schüre zu Unrecht Angst in der Bevölkerung, sagte Kronseder.

Gewaltiger Gegenwind für Gegner der Abgabe

Im Marktrat erntete Kronseder nach ihren Ausführungen gewaltigen Gegenwind. Bürgermeister Pröbst verwies auf die Kosten für

die Gemeinde und korrigierte die Aussage zu Kampfhunden: „Diese heißen offiziell so.“ Carla Marx (Neue Mitte) hielt die in der Satzung festgelegten Gebühren für durchaus vertretbar. Martin Hamberger (CSU) hielt eine Hundesteuer für unerlässlich und schlug Pachtflächen für Hundetoiletten vor. Landwirtschaftsmeister Simon Grandinger (CSU) widersprach seinem Parteifreund bezüglich zusätzlicher Grünflächen. Hunde verkoteten bereits viele Stellen. Nina Hieronymus plädierte für die Beibehaltung der Hundesatzung. Die hohen Gebühren für Kampfhunde würden Anreize zur Anschaffung verhindern. Eduard Ertl (Neue Mitte) war „erschüttert“ vom Antrag. Kein Mensch müsse sich mehrere Hunde halten, wenn er sich das nicht leisten könne. Viele Hundebesitzer nutzten außerdem nicht die Tüten. Michael Pröbst (CSU) unterstützte

die Aussagen von Ertl. Man müsse auf die Bürger schauen und sie schützen. Hamberger verwies noch darauf, dass in Wartenberg ca. 300 Hunde gemeldet sind, es aber sicher wesentlich mehr seien. Josef Sedlmaier wollte einer Erhöhung der Hundesteuer nicht zustimmen, weil man sonst Hundebesitzer in die Illegalität treibe, da es kein Ordnungsamt gebe.

In den Reihen der Markträte wurde außerdem die Zuverlässigkeit einer Bescheinigung für fehlende Aggressivität und Gefährlichkeit angezweifelt. Denn dies sei eine Tages-Feststellung und man wisse nicht, was mit einem Hund später alles passiere. Bürgermeister Pröbst verwies darauf, dass die Verwaltungsgemeinschaft ein Ordnungsamt einrichten werde. Am Ende wurde mit überwiegender Mehrheit beschlossen, dass es bei der erlassenen Satzung bleibt.